



Margarete Bause
Mitglied des Deutschen Bundestages

Michael Brand
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gyde Jensen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Frank Schwabe
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundeskanzleramt
Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Per E-Mail: poststelle@bk.bund.de

Berlin, 13.07.2021

Öffentlicher Appell an Bundeskanzlerin Angela Merkel für ein rasches und geordnetes Verfahren zur Rettung der afghanischen Ortskräfte, die Deutschland und der Bundeswehr gedient haben

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir wenden uns in einem dringenden Appell und deshalb öffentlich an Sie, weil die Zeit erheblich drängt und Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber den Ortskräften in Afghanistan zu verraten droht.

Wir stehen fassungslos und beschämt vor der Art und Weise, wie Institutionen der Bundesrepublik Deutschland mit Ortskräften in Afghanistan umgehen, die unserem Land und der Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten viele Jahre lang treu und zuverlässig gedient haben, die wegen dieses Einsatzes für unser Land um ihr Leben fürchten müssen, und die jetzt in vielen Fällen ganz offenbar ihrem Schicksal überlassen werden sollen.

Wir hören und lesen, wie Männer, Frauen und Kinder, die unserer Fürsorgepflicht unterstehen, in Afghanistan bei deutschen Stellen mit ihrem berechtigten Anliegen auf taube Ohren stoßen oder, noch schlimmer, gar nicht erst vorgelassen werden, wenn sie auf ihre Gefährdung hinweisen wollen.



Anders als es von mehreren Ressorts Ihrer Bundesregierung zuletzt behauptet wurde, ist es schlicht unwahr, dass sich die für eine Ausreise nach Deutschland in Frage kommenden Personen lediglich hätten registrieren müssen – und dann sozusagen automatisch auch eine Einreisebewilligung erhalten hätten. Genauso falsch ist die Aussage einer Sprecherin des Bundesinnenministeriums von Anfang Juli, wonach sich das „bisherige Verfahren und somit auch die eigenverantwortliche Ausreise der Ortskräfte" bewährt habe.

Jene afghanischen Ortskräfte wiederum, denen die Ausreise nach Deutschland gelungen ist, finden sich nach ihrer Ankunft häufig auf sich allein gestellt und erhalten bislang primär zivilgesellschaftlich organisierte Unterstützung. Zwar gibt es mittlerweile erste Ansätze einer Koordinierung durch das BAMF, dringend notwendig aber sind klare Zuständigkeiten und schnelle und unbürokratische Hilfen.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die Bundesregierung und auch Sie ganz persönlich stehen in politischer wie moralischer Verantwortung für diese Menschen, ohne die der schwierige und gefährliche Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan schlicht nicht möglich gewesen wäre.

Deshalb geht es beim Umgang Deutschlands mit den afghanischen Ortskräften nicht nur um individuelle Schicksale. Es geht auch darum, wie glaubwürdig unser Land international für seine Werte und sein gegebenes Wort einsteht. Daher ersuchen wir Sie dringend, im Rahmen Ihrer Richtlinienkompetenz auf die divergierenden Ressorts einzuwirken um eine Änderung im sogenannten Ortskräfteverfahren zu bewirken, sowohl in Afghanistan als auch hier bei uns.

Die Sicherheitslage, gerade in den Nordprovinzen rund um Mazar-i-Sharif, wird täglich prekärer, die Gefährdung der Ortskräfte steigt. Daher muss eine zügige Rettung der gefährdeten Personen und ihrer engen Familienangehörigen, die überdies in über 2.000 Fällen bereits über ein Einreisevisum verfügen, dringend und ordentlich organisiert werden. So könnten zum Beispiel Charterflüge erheblich zur Beschleunigung der Ausreise der Ortskräfte beitragen. Zudem könnte eine Koordinierungsstelle mit entsprechenden Weisungsbefugnissen den Menschen nach ihrer Ankunft in Deutschland rasche und unbürokratische Begleitung anbieten und zugleich Ansprechstelle für die aufnehmenden Bundesländer sein. Zudem sollte der Bund die im Zuge der Einreise anfallenden Kosten unbürokratisch übernehmen.



Wir wissen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, dass dies für ein Land wie Deutschland leistbar ist und uns gut zu Gesicht stünde. Unser gegebenes Wort zu halten ist ein dringendes Gebot der Stunde. Nicht zuletzt sind wir es diesen Menschen schuldig, dass wir sie nach ihrem langen und gefährlichen Einsatz für unsere Bundeswehr nicht einfach ihrem Schicksal überlassen.

Mit freundlichen Grüßen

Margarete Bause, Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Michael Brand, Menschenrechtspolitische Sprecher der Fraktion CDU/CSU

Gyde Jensen, Menschenrechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion und Vorsitzende des Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Frank Schwabe, Menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion